

ASTA INFO

Nr 25

9. 7. 1971

Informationen des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Hamburg

Über Spielregeln und Gewalt

Seit mehreren Wochen versucht der FSR Soz./Pol., unterstützt von zahlreichen Studenten, den Ostpolitik-Forscher Schwarz zu einer Diskussion über seine studentenfeindliche Institutspolitik, seine reaktionären Lehrinhalte und die Funktion seiner Forschung für das imperialistische BRD-System zu bewegen. Es ist diesen Kommilitonen gelungen, durch die Aktion in den Vorlesungen und durch auf sie bezogene Veröffentlichungen den Fall Schwarz als ein Beispiel undemokratischer, systemstabilisierender Forschungstätigkeit in einer breiteren Universitätsöffentlichkeit zum Diskussionsgegenstand zu machen. Von dieser Diskussion über den Inhalt der Schwarzschen Forschung und damit über die politische Stoßrichtung der Aktion versucht das Präsidialamt der Universität im Verein mit der Springerpresse und rechten Studentengruppen zur Zeit dadurch abzulenken, daß es die Form der Aktion in den Vordergrund stellt und den Fall Schwarz zu einem Fall der "Bedrohung des Wissenschaftspluralismus, der Meinungsfreiheit, der Menschenwürde" und anderer bürgerlich-demokratischer Rechte hochstilisiert, die angeblich von links abgeschafft werden sollen. Zynisch wird dabei von "Gewaltanwendung", "massivem Terror" und "Rechtsverletzung" gesprochen, so als handelte es sich hier um einen Konflikt zwischen einem aufgeputschten studentischen Mob einerseits und einer schwächlichen, in ihrer Menschenwürde bedrohten Persönlichkeit andererseits.

IN WIRKLICHKEIT LIEGEN DIE MACHTVERHÄLTNISSE ETWAS ANDERS !

Hinter Leuten wie Schwarz stehen die Interessen der reaktionärsten Kreise des westdeutschen Monopolkapitals, für dessen aggressive, gegen die sozialistischen Länder gerichtete Außenpolitik Schwarz und andere Forscher seiner Couleur strategische Grundlagen erarbeiten. Hinter Schwarz steht die Staatsmacht und ihre Handlanger in den universitären Gremien, in denen den Studenten reale Mitbestimmungsmöglichkeiten hartnäckig verweigert werden. Den "Spielregeln", die diese konzentrierte politische und ökonomische Macht uns setzt, können wir Studenten nur unsere Masse entgegensetzen. Über ande-

re Machtmittel verfügen wir genausowenig wie alle anderen vom Monopolkapital unterdrückten Klassen und Schichten. Deshalb sind Massenaktionen gegen die herrschende Gewalt legitim und notwendig. Deshalb können wir uns auch auf die "Spielregeln", die das Präsidialamt uns unter Androhung von Strafanzeigen "angeboten" hat, nicht einlassen.

In Kenntnis dieser Lage hat das Studentenparlament auf seiner Sitzung am 1.7. folgende Resolution einstimmig beschlossen:

Das Studentenparlament stellt fest:

1. Der Kampf gegen Schwarz, gegen seine reaktionäre Wissenschaft, seine Kriegsforschung im Interesse von CDU/CSU und Monopolen und seine institutspolitischen Machenschaften ist der Kampf aller demokratischen und sozialistischen Studenten. Das Studentenparlament solidarisiert sich daher mit den bisherigen Aktionen des Fachschaftsrates Soz./Pol. und beschließt, geschlossen zu der morgigen Lehrveranstaltung von Schwarz zu gehen.
2. Der Brief des Universitätspräsidenten Fischer-Appelt an den ASTA, der bei Nichteinhaltung von bestimmten Spielregeln, die die Regeln der Herrschenden sind, gerichtlich gegen Störer vorzugehen vorsieht, stellt den vorläufigen Höhepunkt einer Entwicklung dar, mit der sich das Präsidium der Universität zunehmend in die Nähe der reaktionären und denunziatorischen Politik Professor Schwarz' begibt und die demokratischen Forderungen und Aktionen von Studenten kriminalisiert. Dies fordert die politische Antwort und Aktion der Studenten und ihrer Vertretungsorgane heraus.
3. Die demokratische und sozialistische Studentenbewegung, Studentenparlament, ASTA und Fachschaften, werden sich weder durch von ihnen nicht gesetzte Spielregeln, noch durch die Androhung ihrer Kriminalisierung davon abhalten lassen, den Kampf gegen Schwarz in seiner Lehrveranstaltung selbst weiter zu führen. Denn dieser Kampf ist nicht allein eine wissenschaftstheoretische und institutspolitische Auseinandersetzung, sondern vor allem ein Kampf gegen die sowohl die Studenten wie auch die gesamte arbeitende Bevölkerung unseres Landes und alle anderen Völker bedrohende Kriegsforschung, die Schwarz im Interesse der reaktionärsten Teile der Monopolbourgeoisie vorantreibt. Das Studentenparlament beauftragt daher den ASTA, sowie einen Parlamentsausschuß aus Vertretern aller demokratischen und sozialistischen Studentengruppen, diesen Standpunkt in der morgigen Veranstaltung von Schwarz deutlich zu machen und fordert das Präsidium der Universität und Schwarz auf, zu diesen Fragen Stellung zu beziehen.

Dieser Resolution wurde in der Vorlesung vom 2. 7. Folge geleistet. Der Präsident Fischer-Appelt brach daraufhin die Vorlesung mit Gewalt ab.

ASTA, FSR Soz./Pol. und die anderen an der Aktion beteiligten Gruppen betonen noch einmal: Ziel dieser Aktion ist es nicht, "Herrn Schwarz am Reden zu hindern" oder sein Recht auf Meinungsäußerung zu beschneiden. Vielmehr geht es darum, am Beispiel Schwarz aufzuzeigen, in wessen Interesse in Westdeutschland geforscht wird, und den Studenten die Notwendigkeit des Kampfes für eine Veränderung dieser Zustände zu verdeutlichen. Die drohende Verabschiedung und Verwirklichung des Hochschulrahmengesetzes zielt darauf ab, Wissenschaft und Ausbildung noch effektiver den Interessen der Monopolbourgeoisie zu unterwerfen. Demgegenüber müssen die Studenten an der Seite der Arbeiterklasse den Kampf aufnehmen für eine antimonopolistische Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen und damit auch in allen Fragen, die Wissenschaft und Ausbildung betreffen.

Verantwortlich: B. Landefeld